



**UNSERE MISSION:  
GERECHTIGKEIT.**  
**OGB**



SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**FACT-  
SHEET**

# Arbeitsmarkt

## DIE FAKTEN:

Die Arbeitslosigkeit ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise explodiert, die soziale Lage ist in vielen europäischen Staaten besorgniserregend. In vielen europäischen Staaten zeigt sich: Kürzungen in den Sozialsystemen erhöhen die Arbeitslosigkeit. Aber gerade höhere Beschäftigung bewirkt eine Stabilisierung der Nachfrage und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Absicherung des Sozialsystems.

Österreich hat in der Wirtschaftskrise nicht, wie andere Staaten, Sozialleistungen gekürzt und damit Kaufkraft und Konjunktur gefährdet. Die monatlichen Statistiken zeigen deutlich, dass Österreich eine der niedrigsten Arbeitslosenraten hat. Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung hat ebenfalls gegen gesteuert, sie bekämpft Armut und hilft vor allem dabei, Menschen wieder in das Erwerbsleben zu integrieren.

## WAS ANDERE WOLLEN:

Beim Thema Arbeitslosigkeit treten manche gerne eine Missbrauchsdebatte los: Die Mindestsicherung sei eine „soziale Hängematte“, die dazu verleitet, lieber arbeitslos zu bleiben. Auch dass Frauen gerne und freiwillig Teilzeitjobs annehmen, hört man immer wieder, zum Beispiel von VertreterInnen der WKÖ.

Die Ausbildung von Lehrlingen und die Beschäftigung Älterer soll der Staat großzügig mit Förderungen unterstützen, wird ebenfalls von der Wirtschaft verlangt.

---

## DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf EU-Niveau.
- » Unternehmen, die zu wenig ältere Menschen beschäftigen, müssen einen Malus zahlen.
- » Wirkungsvoller Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen.
- » Abschaffung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe.
- » Die Wirtschaft muss mehr Lehrlinge ausbilden, statt über Fachkräftemangel zu jammern.
- » Eine Fachkräftemilliarde, die durch den Beitrag der Unternehmen in einer Höhe von einem Prozent der Jahresbruttolohnsumme finanziert wird. Daraus werden Lehrlingsausbildung und Weiterbildung gefördert sowie Qualitätssicherung und überbetriebliche Ausbildung finanziert.
- » Das AMS muss auch weiterhin durch frauenspezifische Arbeitsmarktinitiativen der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegenwirken.
- » Ausreichend und gut geschultes Personal für das Arbeitsmarktservice (AMS).
- » Projekte, die soziale Infrastruktur schaffen (Kinderbildungseinrichtungen, Pflege, Soziales etc.) schaffen einerseits (Frauen-)Arbeitsplätze und ermöglichen andererseits anderen Frauen, überhaupt erwerbstätig zu sein. Derartige Initiativen sind unbedingt u. a. durch Mittel der EU zu unterstützen.
- » Ausländische Bildungsabschlüsse müssen leichter und schneller anerkannt werden.
- » Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch verbesserte Gesetze und mehr Kontrollen.
- » Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung sollen künftig monatlich aliquot Sonderzahlungen ausgezahlt werden, um in der Höhe mit der Ausgleichszulage gleichzuziehen.
- » Integration in den Arbeitsmarkt: Die Mittel für aktivierende Maßnahmen sind zu erhöhen.

---

## WARUM FORDERN WIR DAS?

Arbeitslosigkeit hat für die Betroffenen schlimme Folgen, von Verarmung bis zu sozialer Ausgrenzung. Es ist Aufgabe der Politik, das zu verhindern. Im Zentrum der Budgetpolitik muss stehen, dass Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Und im Falle von Arbeitslosigkeit muss es maßgeschneiderte Programme geben, um den Menschen aus der schlimmen Lage herauszuhelfen.

Alle Forderungen auf: [www.bundeskongress.at](http://www.bundeskongress.at)